

1D 8995 F

ISSN 0930-6420

Forum

Nr. 1 / 1990
8. Jahrgang
1. Quartal
DM 3,00

Recht

Reform statt Modernisierung

JuristInnenausbildung

Fakultät für
**RECHTS-
WISSENSCHAFT**



Inhalt

Einleitung zum Schwerpunkt Reform statt Modernisierung	3
Georg Restle Reform statt Modernisierung! Neue Wege in der JuristInnenausbildung	4
Martin Kardetzky Europa und die Folgen Über den Stellenwert des Europarechts und des Binnenmarktes 1992 für die Jura-Ausbildung	7
Kongreßankündigung Reform statt Modernisierung	11
Birgit Paetow-Thöne, Helmut Pollähne Experiment gelungen – Patient tot? Einphasenausbildung: eine Reform, die nicht stattfand	12
Dilip D. Maitra Von Richtern, bösen Buben und der Mär von den Sozialwissenschaften im Recht	19
Marc Lindenau Preußens Glorie Zur Historie der juristischen Ausbildung	21
Sven Knutzen Von Stammheim nach Düsseldorf	24
Kurzbericht Fernmeldegeheimnis für Mail-Box-Betreiber?	29
Recht Kurz Zwangssterilisation Abtreibung Soldaten = potentielle Mörder Gentechnik-Gesetz Ausländer-Gesetz Verfassungsschutz § 129a Tod in Göttingen AusländerInnenwahlrecht	30
Materialien	34
Zeitschriftenrundschau	34
Rubriken	
Impressum	6
Adressen/Kontakte	8
BAKJ-Mitteilungen	35

Titelfoto: **Helmut Pollähne**

Liebe Leserinnen und Leser,

Mauern fallen – Mauern bleiben – Mauern wachsen ... das nennt man wohl Geschichte. Bisweilen ist es aufregend, „dabei“ sein zu können.

Es fallen die Mauern des kalten Krieges, der Trennung und des Schweigens. Daß diese Zeiten vorbei sind, wird nicht nur am Trabi-Gestank und dem nächsten Urlaub im Thüringer Wald deutlich – es werden auch neue Kontakte geknüpft, die eigentlich alte sein sollten. So entstehen erste Verbindungen zwischen uns und autonomen linken Juragruppen in der DDR, Nachholbedarf hüben wie drüben. Die Zusammenarbeit linker Kräfte ist wichtiger denn je, denn es wächst die Gefahr eines nationalistischen Imperialismus, wenn auch mit europäischen Anstrich. Die kapitalistische Reaktion marschiert, das letzte Volkseigentum auf deutschem Boden wird gewinnträchtig aufgekauft. Klar macht es einem die SED schwer, sich zum Sozialismus zu bekennen – was heißt heute schon „links“!? – aber trotz alledem und alledem: auf welcher Seite stehen wir denn?

Es bleiben die Mauern des Schweigens um die dunklen Kapitel westdeutscher Nachkriegsgeschichte – wie hieß es so treffend: „Die Berliner Mauer fällt, aber noch steht die Mauer um Stammheim ...“ Die Vorgänge „im Osten“ eignen sich vorzüglich, von den eigenen Problemen abzulenken. Während sich hier Verfassungsschutzakten zu Festungsmauern des Überwachungs- und Polizeistaates stapeln, wird drüben die schleppende Auflösung des Stasi beklagt.

FORUM RECHT geht ins achte Jahr, 20 Ausgaben liegen hinter uns. Die Zahl der AbonnentInnen und LeserInnen steigt, neue Kontaktadressen in weiteren Städten kommen hinzu. Es war an der Zeit, zwischen der Zeitschrift und dem bundesweiten Projekt studentischer Zusammenarbeit einen organisatorischen Trennungsstrich zu ziehen (vgl. Gründung des BAKJ, S. 35).

Herzlichen Glückwunsch, Tucho!

Kurt Tucholsky wäre am 9. Januar 100 Jahre alt geworden. Es mag ein Zufall sein, daß er gerade in diesen Tagen wieder ins Licht des aktuellen Tagesgeschehens rückt. Vor knapp 60 Jahren schrieb er über den 1. WK: „Da gab es vier Jahre lang ganze Quadratmeilen Landes, auf denen war der Mord obligatorisch, während er eine halbe Stunde davon entfernt ebenso streng verboten war. Sagte ich: Mord? Natürlich Mord. Soldaten sind Mörder.“

Recht hat er.

die REDs

Berichtigung

In dem Artikel „Betroffen, aber klaglos“ von Christian Rath (FoR 4/1989, 7ff) haben sich vier zum Teil sinnentstellende Fehler eingeschlichen. Wir bitten dies zu entschuldigen.

● Seite 11, mittlere Spalte, Fn 36: „1963-1970 (nicht: 1979): 190 Klagen gem. Art. 98 4 BV“

● Seite 11, rechte Spalte, Fn 70: Verh. DJT 1986, L 283, Abstimmung Nr. 30: 53:53:12 (nicht: 53:63:12)

● Seite 12, mittlere Spalte, Zeile 15: Grundsätzlich ist eine Bindung der Gerichte an Feststellungen anderer **Gewalten** (nicht: Gerichte) ausgeschlossen, ...

● Seite 12, rechte Spalte, siebtletzte Zeile: ... auf die Kontrolle dieser staatlichen Bürokratie bezieht, zunehmend **unwichtiger** (nicht: wichtiger) werden.



Reform statt Modernisierung

Die zeitlichen Abstände zwischen den Forderungen nach grundlegenden Reformen der juristischen Ausbildung werden kürzer: zuletzt vor 5 Jahren, davor vor 20 Jahren, vor 60 Jahren und vor 120 Jahren ... Das läßt hoffen, denn es gibt zwar eine lange Geschichte der Reformbestrebungen, die Reform findet aber nicht statt. Die heutige Jura-Ausbildung ist in ihren Grundzügen noch die gleiche wie vor über 100 Jahren (vgl. den Beitrag von Lindenau), mit den gleichen Mängeln, mit der gleichen – preußischen – konservativen Grundtendenz. Auch die letzte große, zugleich bedeutendste aller Reformbemühungen, das Experiment der einphasigen Ausbildung in den 70er Jahren, hat letztlich nichts ändern können und droht nun der Vergessenheit preisgegeben zu werden. Dabei wäre es ein historischer Fehler, die Erfahrungen aus den Reform-Modellen ‚links‘ liegen zu lassen, wenn es um die Zukunft der juristischen Ausbildung geht (vgl. den Beitrag von Paetow-Thöne und Pollähne). Daß hinsichtlich mancher der alten Reformforderungen – etwa der Einbeziehung der Sozialwissenschaften – inzwischen einige Ernüchte-

rung eingetreten ist (vgl. den Beitrag von Maitra), steht dem nicht entgegen.

In der aktuellen Debatte ist allerdings von Reform keine Rede. Modernisierung ist die zentrale Kategorie, Anpassung an den innerstaatlichen und europäischen Markt (vgl. den Beitrag von Kardetzky). Das Wort haben Modernisierungsstrategen und Bildungspragmatiker, Justizbürokraten und Marktforscher, zweiphasige Einheitsjuristen und ehemalige Einphasengegner. Dagegen muß wieder einmal die Forderung nach einer grundlegenden Reform der juristischen Ausbildung erhoben werden (vgl. die Kongreß-Ankündigung in diesem Heft). Mit diesem FORUM RECHT-Heft wollen wir eine neue Diskussion unter den JurastudentInnen anstoßen oder – falls diese erfreulicherweise schon im Gange ist – befördern (vgl. den Beitrag von Restle). Wir können und wollen hiermit keine fertigen Konzepte vorlegen, sondern die Grundlage schaffen für eine konstruktive Debatte, die jedoch alsbald in konkrete Gegenvorschläge zum ‚Mainstream‘ gängiger Modernisierungsstrategien münden sollte.

Reform statt Modernisierung!

Neue Wege in der JuristInnenausbildung

Georg Restle

Man mag sie als „unendliche Geschichte“¹ oder ein sich „ewig weiterdrehendes Karussell“² bezeichnen. Man mag wieder einmal feststellen, daß es eine über hundertjährige Geschichte der Ausbildungsreform gebe, die aber selbst nicht stattfindet³.

Die vor drei Jahren neu entfachte Debatte um die Modernisierung der JuristInnenausbildung gebärdet sich jedenfalls entschlußfreudig. Selbst der Deutsche Juristentag befaßt sich in diesem Jahr in München mit Maßnahmen „zur Verkürzung und Strafung der juristischen Ausbildung.“ Dabei unterscheidet sich die derzeitige Auseinandersetzung weniger von ihren Inhalten als den Vorzeichen, unter denen sie stattfindet, von ihren Vorgängerinnen. Geführt wird sie allerdings fast ausschließlich von konservativen Juristen, die die Zeichen der Zeit günstig stehen sehen für eine „Modernisierung“ nach alten Mustern. Der durch den europäischen Dienstleistungsmarkt 1993 hervorgerufene „Handlungsdruck“ bezüglich einer Anpassung der nationalen Ausbildung an den „europäischen Standard“ wird dabei als „Hoffnungsschimmer“ gewertet, der mehr zu schaffen imstande sei, als die „Planungseuphorie“ der 60er und 70er Jahre, die die Experimentierphase mit den einstufigen Modellen hervorbrachte.⁴

Positionen

Ausgangspunkt und Triebfeder der stattfindenden Debatte ist die „Europäisierung“ der JuristInnenausbildung.⁵ Die im europäischen Vergleich viel zu lange Dauer der Ausbildung wird dabei genauso angemahnt, wie der Mangel an europarechtlichen Lehrveranstaltungen an den einzelnen Fakultäten.

So beklagt etwa Nordrhein-Westfalens Justizminister Rolf Krumsiek, daß sich „kein Land der EG außer uns den Luxus einer zehnjährigen Ausbildung seiner Juristen leistet, einer Ausbildung, die den Nachwuchs um Jahre zu spät in die Praxis entläßt –

mit einem Wissen, auf das es später für die ausgeübten Berufe nur bedingt ankommt, aber ohne Wissen über einen Teil der beruflichen Notwendigkeiten.“⁶ Dem juristischen Nachwuchs, so andere, sollen „europaweite Wettbewerbsnachteile“ erspart werden.⁷

Leitziel der Debatte: Wie kann eine Stoffauswahl erreicht werden, die die Einhaltung der Regelstudienzeit von zur Zeit dreieinhalb Jahren (§ 5a Abs. 1 DRiG) ermöglicht?

Im Kreuzfeuer der Kritik: Der Einheitsjurist.

Die „Befähigung zum Richteramt“ als juristisches Ausbildungsziel, ein bisher ungebrochenes Dogma, gerät in's Wanken. Während von einzelnen Stimmen statt dessen eine Orientierung am Ausbildungsziel „Anwalt“ favorisiert wird⁸, wird von den Meinungsführern der Debatte einer Spezialisierung im Rahmen einer Ausdifferenzierung und der Studienabschlüsse so das Wort geredet, wenn gleich bei den meisten Autoren tendenziell die Beibehaltung einer umfassenden juristischen Ausbildung zumindest in den ersten Studienjahren befürwortet wird.⁹

Der hessische Justizminister Koch erklärt der Ausbildung zum Einheitsjuristen eine klare Absage: „Ungeachtet gewisser Vorzüge der Einheitsausbildung ... wird man an ihr auf die Dauer nicht festhalten können.“¹⁰ Während er zunächst als „gewissermaßen kleinsten Schritt“ zwar noch am Studium in bisheriger Form mit abschließender juristischer Staatsprüfung festhalten will, an das sich dann jeweils spezialisierte Vorbereitungsdienste anschließen sollen¹¹, schwebt ihm für die Zukunft eine gänzlich spezialisierte Ausbildung vor, deren Abschluß dann ausschließlich den Zugang zu einer bestimmten juristischen Berufstätigkeit eröffnen soll. Unter dem Schlagwort „Weg von der staatlichen Zwangsausbildung fordert Koch die Abkehr vom Staatsexamen zugunsten privater Ausbildungsinstitute der Anwaltschaft („Deutsche Anwaltsakade-

mie“) bzw. die Schaffung von Eingangsauswahlverfahren für den öffentlichen Dienst wie für die Justiz. Die weiteren Vorschläge zur Überwindung des „Elends des Jurastudiums“¹² lassen sich etwa wie folgt zusammenfassen: Ein umfassendes einheitliches Studium soll nur noch im Bereich der sog. „Kernfächer“ (Zivilrecht, Strafrecht, Öffentliches Recht) stattfinden. Die Entzerrung der bisherigen Stofffülle soll durch eine teilweise Streichung von ganzen Rechtsgebieten aus dem prüfungsrelevanten Stoff bewerkstelligt werden. So plädiert beispielsweise Großfeld dafür, das Arbeitsrecht zum Exotenfach zurückzustufen.¹³ Statt dessen soll der Erwerb von EDV-Kenntnissen oder das Erlernen mindestens einer weiteren Fremdsprache in das Studium integriert werden. Das Studium soll in ein Grund- und Hauptstudium aufgeteilt werden, die Zwischenprüfung den Charakter eines Examens erhalten, bei dem dann kräftig gesiebt werden kann.¹⁴ Die privaten Repetitorien sollen beibehalten werden.¹⁵

Hintergründe

Die Frage, warum die Diskussion um Veränderungen an der JuristInnenausbildung gerade zum jetzigen Zeitpunkt entfacht wurde, läßt sich nur bedingt mit der „drohenden“ vollständigen Niederlassungsfreiheit von RechtsanwältInnen innerhalb der EG erklären. Auch wenn die einzelnen Autoren sich immer wieder darauf berufen, sind die eigentlichen Hintergründe der stattfindenden Debatte vielschichtiger.

So kann diese Auseinandersetzung nicht losgelöst vom hochschul- und wissenschaftspolitischen Wandel der letzten Jahre betrachtet werden. Das Interesse an der unmittelbaren Verwertbarkeit von Wissenschaft vor dem Hintergrund einer fortschreitenden wissenschaftstechnischen Revolution macht auch vor den juristischen Fakultäten nicht halt. Die Vorschläge Kochs zur Juri-

stlInnenausbildung machen den Trend zur „Vermarktwirtschaftlichung“ des Jurastudiums deutlich. Mit der Einführung eines härteren Wettbewerbs zwischen den juristischen Fakultäten bei verstärkter Privatisierung der JuristInnenausbildung soll dabei nur das nachvollzogen werden, was in Form ansteigender Drittmittelfinanzierung oder der Schließung von Fachbereichen aufgrund „mangelnder Wirtschaftlichkeit“ für das gesamte Hochschulwesen schon seit Jahren gilt.¹⁶

Mit Beendigung des letzten Reformmodells im zurückliegenden Sommersemester ist nun der Raum geschaffen worden, der benötigt wurde, um eine Anpassung der JuristInnenausbildung an den allgemeinen wissenschaftspolitischen Trend zu ermöglichen.

Daß dabei von einer Einbeziehung der Sozialwissenschaften oder einer Reform der Didaktik des Studiums nicht mehr gesprochen wird, kann in diesem Zusammenhang nicht verwundern. Die Begründung dafür ist allerdings scheinheilig: Angesichts der zunehmenden Menge „prüfungsrelevanten“ Lehrstoffs erscheint es „unzumutbar, die Studierenden mit dem Erlernen sozialwissenschaftlicher Erkenntnisse zu belasten.“¹⁷

Der durch den studentischen Protest im letzten Jahr öffentlich gewordene Hochschulnotstand trug schließlich entscheidend zum Tempo der Debatte bei. Der schlechten Ausstattung der juristischen Fakultäten soll nach Auffassung der Modernisierer am ehesten mit einer Verringerung auf der Nachfrageseite entgegengewirkt werden. Durch mündliche Eingangstests¹⁸ und uni-interne NCs soll das Verhältnis von vorhandenen Studienplätzen und Studierenden wieder ins rechte Lot gerückt werden. Bei ihren Vorschlägen zur Reduzierung des Stoffumfangs können die Debattenführer auf breite Akzeptanz in studentischen Kreisen hoffen. Beim studentischen Protest im letzten Wintersemester (soweit er überhaupt an juristischen Fachbereichen stattfand) stand diese Forderung ganz oben auf der Wunschliste.

Der Zeitpunkt der aktuellen Diskussion scheint also bestens ausgewählt.

Gegenkonzept

Demgegenüber ist ein fortschrittliches Konzept zur Reform der JuristInnenausbildung zur Zeit nicht in Sicht. Im Gegensatz zur zurückliegenden kritischen Reformdebatte, die eine sehr intensive Auseinandersetzung um Form und Inhalte der JuristInnenausbildung mit sich brachte, wird das Feld in der jetzt entfachten Modernisierungskampagne im wesentlichen konservativen Kräften überlassen.

Zumeist begnügt man sich mit dem Hinweis auf die einphasigen Modelle mit Einbindung der Sozialwissenschaften. Eine strukturelle Kritik findet kaum noch statt. Eine Verschiebung der Zwischenprüfung um zwei Semester, die dann auch auf das Examen angerechnet werden kann, gehört schon zum Originellsten, was fortschrittliche Juristen heute zu bieten haben.¹⁹

Die JuristInnenausbildung ist zum Stiefkind linker rechtspolitischer Auseinandersetzung geworden. Dabei besteht in der Tat die Notwendigkeit, sich in die jetzige Diskussion vehement einzumischen, bevor alle Pflöcke eingeschlagen worden sind, die einer Umorientierung im Wege stehen. Der technokratischen Modernisierung gilt es eine Reform der JuristInnenausbildung entgegenzusetzen, die ihrem rechts- und gesellschaftspolitischen Stellenwert gerecht wird. Wer den entscheidenden Einfluß der derzeitigen Ausbildung auf die Sozialisation von JuristInnen nicht ignorieren will („Disziplinierungsdruck“, „techno-

● Festhalten an der Einheitsausbildung

An einer Ausdifferenzierung von Studienabschlüssen kann einem kritischen Reformansatz nicht gelegen sein. Die damit einhergehende Orientierung an einzelnen Berufsbildern statt an Rechtsproblemen steht insbesondere angesichts der zunehmenden Differenzierung und Spezialisierung der einzelnen Berufsparteien (spezialisierte „Mammutkanzleien“ im Anwaltsbereich) dem Ziel einer umfassenden, die sozialen und politischen Bedingtheiten von Recht reflektierenden Ausbildung entgegen. Die Vorverlegung der Entscheidung für das angestrebte Berufsziel auf die ersten Studiensemester verengt den Blick auf berufliche Notwendigkeiten und verhindert die Auseinandersetzung mit allgemeinen rechtspolitischen Fragestellungen und Lösungskonzepten. Die Gefahr der Privatisierung der JuristInnenausbildung insbesondere in der zweiten Ausbildungsphase sollte schließlich Grund genug sein für das Festhalten an einer einheitlichen Ausbildung.

● Studienaufbau, Abschaffung des Staatsexamens

Anstelle des bisherigen Staatsex-



kratisches Paukstudium“), der kann der stattfindenden Auseinandersetzung nicht mit in den Schoß gelegten Händen zusehen. Dabei müssen die sich verändernden gesellschaftspolitischen Realitäten (EG-Binnenmarkt, fortschreitende Privatisierung des Hochschulwesens) in einem kritischen Reformansatz ebenso berücksichtigt werden, wie die Veränderung der Bedeutung von Recht in den zurückliegenden Jahren (Recht als Mittel zur Lösung gesellschaftlicher Zielkonflikte). Mit einem Hinweis auf vergangene Debatten und Reformen kann es also nicht getan sein. Im einzelnen könnte das Folgendes heißen:

Anmerkungen

- 1 Wassermann, RuP 1989, 157
- 2 Prantl, SZ vom 30.9/1.10.1989
- 3 Wassermann, RuP 1989, 157
- 4 vgl. Hermanski, DRiZ 1989, 149
- 5 Steiger, ZRP 1989, S. 283ff
- 6 Krumsiek, Die Welt vom 21.2.1989
- 7 vgl. Hermanski, DRiZ 1989, 149
- 8 Haft, JA 1989, 293
- 9 vgl. Martens, FAZ vom 3.4.1986, 10
- 10 Koch, ZRP 1989, 283
- 11 Koch, ZRP 1989, 283
- 12 so der Titel eines Beitrags von Großfeld, der die Auseinandersetzung mitinitiierte, JZ 1986, 357ff
- 13 Großfeld, NJW 1989, 880
- 14 vgl. Hermanski, DRiZ 1989, 149
- 15 Hattenhauer, JuS 1989, 519
- 16 Marschang, DuR 1990 (im Erscheinen)
- 17 Martens, FAZ vom 3.4.1986, 10
- 18 so Haft, JA 1989, 292
- 19 Wesel, Kursbuch 97, 39

amens, das das gesamte Wissen am Ende des Hochschulstudiums abfragt, sollten abgestufte Universitäts-„prüfungen“ stehen. Dabei bietet sich eine Aufteilung des Studiums in zwei Abschnitte, ein Grund- und ein Hauptstudium an. Während im Grundstudium Grundkenntnisse in den „großen“ Rechtsgebieten vermittelt werden (Zivilrecht, Strafrecht, Öffentliches Recht, Verfahrensrecht), sollte es den StudentInnen im Hauptstudium weitgehend freigestellt bleiben, welche Veranstaltungen sie auswählen wollen. Die Prüfung des behandelten Stoffes sollte dabei innerhalb der einzelnen Veranstaltungen stattfinden. Die abschließende Prüfung am Ende des Studiums erübrigt sich, das Bestehen der Einzelveranstaltungen genügt für einen erfolgreichen Abschluß. Um dem Ausbildungsziel des/der Einheitsjuristen/in Rechnung zu tragen, könnte an eine Regelung ähnlich der reformierten gymnasialen Oberstufe gedacht werden. Aus bestimmten „Fächerzonen“ müssen Veranstaltungen besucht werden. Im übrigen

steht es den Studierenden frei, ihre Veranstaltungen (auch aus anderen Fachbereichen!) frei zu wählen. Ob zwischen Grund- und Hauptstudium eine einjährige Praktikumszeit eingebaut werden sollte oder ob grundsätzlich an der Zweistufigkeit der Ausbildung festgehalten werden sollte, müßte in Zukunft noch genauer diskutiert werden.

● Studieninhalte

Die Einbeziehung anderer Wissenschaften in das rechtswissenschaftliche Studium kann durch die Wahlfreiheit im Hauptstudium bewerkstelligt werden, ohne daß es dafür spezieller Veranstaltungen bedarf. Darüber hinaus sollten aber Veranstaltungen zur Rechtsphilosophie, Rechtssoziologie und Rechtsgeschichte sowohl im Grundstudium (Grundlagenfächer) als auch im Hauptstudium (Fächerzone „Theoretische und soziale Grundlagen des Rechts“) verstärkt angeboten werden. Die Forderung nach Einbeziehung bestimmter Themenbereiche (Frauendiskriminierung, Umweltschutz, Faschismus) scheint darüber hinaus nicht notwendig, würde das Themenangebot nur unnötig eingrenzen. Der Bereich Europarecht/Internationales Recht könnte als eigenständige Fächerzone in das Hauptstudium integriert werden. Zur „Internationalisierung“ des Studiums sollten im Rahmen von Auslandsstudien erbrachte Leistungen voll aner-

kannt und eingesetzt werden können, die Möglichkeiten des Austausches müssen entsprechend erweitert werden.

● Didaktik des Studiums

Die dargestellten inhaltlichen und strukturellen Veränderungen sind ohne Reform der bisherigen Didaktik des Studiums nicht vorstellbar. So ist insbesondere im Hauptstudium für Vorlesungsveranstaltungen kein Platz. Das klassische Seminar sollte verstärkten Projektcharakter annehmen. Dabei könnten auch außeruniversitäre „Fachleute“ sowie der akademische Mittelbau in die Veranstaltungen miteinbezogen werden. Auch im Grundstudium sollten Vorlesungen im wesentlichen durch Arbeit in Kleingruppen und Arbeitsgemeinschaften ergänzt oder ersetzt werden. Eine gewisse „Verschulung“ in den ersten beiden Studienjahren ist dabei wohl in Kauf zu nehmen.

Die hier dargestellten, zum Teil sehr konkreten Vorschläge für eine Reform der JuristInnenausbildung müssen zweifellos unvollständig bleiben. Ihre grobe Skizzierung soll eine Richtschnur für weitere Diskussionen bilden. Diese Diskussion kann und darf aber nicht nur von den zur Zeit unmittelbar Betroffenen (StudentInnen, ReferendarInnen) geführt werden. Um den in Fahrt gekommenen Zug noch umlenken zu können, bedarf es einer breiten Auseinandersetzung, die mit konkret formulierten Vorstellungen eine wirkliche Reform der JuristInnenausbildung einfordert.

Georg Restle studiert Jura in Freiburg

Forum Recht

Impressum

Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft rechtspolitischer Initiativen und Fachschaften

Mitherausgeber: ASTA der FU, Berlin; ASTA Uni Bielefeld; Bundesarbeitsgemeinschaft Kritischer Juragruppen

Verlag: Recht & Billig Verlag, Falkstr. 13, 4800 Bielefeld 1, Tel. (0521) 67696 (Bestellungen, Mitteilungen zu Vertriebs- und Verwaltungskram bitte an diese Adresse)

Redaktion: Martin Kardetzky, Sven Knutzen, Dilip D. Maitra, Helmut Pollähne, Carola Puder, Stephanie Rachfall, Georg Restle, Christian Rath, Rainer Schäfer-Eikermann.

Anschrift: Red. FORUM RECHT, c/o Helmut Pollähne, Carola Puder, Hammerschmidtstr. 4, 4800 Bielefeld 1, Tel. (0521) 130139 (Manuskripte, Leserbriefe sowie sonstige Beiträge und Materialien bitte an diese Adresse)

V.i.S.d.P.: Rainer Schäfer-Eikermann, Falkstr. 13, 4800 Bielefeld 1 (Die Artikel bringen verschiedene Meinungen zum Ausdruck. Nicht jede Aussage wird vom Herausgeber bzw. der Redaktion geteilt.)

Satz: satzbau oHG, Weststr. 95, 4800 Bielefeld 1

Layout: Monika Scheffler, Bielefeld

Druck: AJZ Druck und Verlag, Heeper Str. 132, 4800 Bielefeld 1

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Bezugspreise: Einzelheft 3,- DM, Abonnement (4 Ausgaben, incl. MwSt. und Versand) 14,50 DM, Abonnement für Institutionen, Bibliotheken usw. 50,- DM, Förderabonnement ab 20,- DM (es sollten aber i.d.R. 50,- DM sein!)

Hinweis gem. § 26 Abs. 1 Bundesdatenschutzgesetz: Die AbonnentInnen von FORUM RECHT sind in einer Adressendatei gespeichert, die mit Hilfe der automatischen Datenverarbeitung geführt wird.

ISSN: 0930-6420

Bankverbindung: Kto-Nr. 6488-302, PGA Hannover (BLZ 250 10030)



Literatur

- Großfeld, B., Das Elend des Jura Studiums, JZ 1986, 357ff
- Großfeld, B., Rechtsausbildung und Rechtskontrolle, NJW 1989, 875ff
- Haft, F., Das juristische Lernen – Mängel des gegenwärtigen Systems und Verbesserungsmöglichkeiten, JA 1989, 291ff
- Hattenhauer, H., Juristenausbildung – Geschichte und Probleme, JuS 1989, 513ff
- Hermanski, U., Juristenausbildung – reformbedürftiger denn je, DRIZ 1989, 149
- Koch, K.-H., Die Juristenausbildung braucht neue Wege, ZRP 1989, 281ff
- Marschang, B., Jurist/inn/enausbildung – Neuer Wirbel um einen alten Hut?, DuR 1990 (im Erscheinen)
- Martens, K.-P., Das Studium der Rechte öffnet nicht mehr alle Wege, FAZ vom 3.4.1986, 10
- Pranti, H., Wir sind die Opa-Generation auf dem europäischen Arbeitsmarkt, Südd.Z. vom 30.9./1.10.1989
- Stelger, H., Deutsche Juristenausbildung und das Jahr 1992, ZRP 1989, 283ff
- Wassermann, H., Deutsche Juristen: Schlechte Karten für Europa – Die überlange Jurausbildung steht erneut zur Diskussion, RuP 1989, 155ff
- Wesel, U., Juristenausbildung – Wider den geplanten Leerlauf, Kursbuch 97, 29ff

Europa und die Folgen

Über den Stellenwert des Europarechts und des Binnenmarktes 1992 für die Jura-Ausbildung

Martin Kardetzky

Nach dem abrupt beendeten Höhepunkt in Sachen Diskussion um eine „Reform der Jurausbildung“ durch die Abschaffung der Einphasenmodelle im Jahre 1984 ist es nur kurze Zeit still geblieben. Heute zeichnen sich nicht mehr bloß Konturen einer neuen Diskussion ab, vielmehr werden Fragen der juristischen Ausbildung bereits massiv aufgegriffen. Anlaß ist der Allzweckfetisch der 90er Jahre, der Europäische Binnenmarkt. An ihm gemessen, scheint unsere nationale Juristenausbildung, seit Preußen unveränderter Garant für eine „geordnete Rechtspflege“, auf einmal altbacken. Wird sie sich 1992 überlebt haben? Was hat der Europäische Binnenmarkt überhaupt mit der nationalen Jurausbildung zu schaffen?

Der Binnenmarkt soll neue berufliche Chancen und Herausforderungen

für die Anwaltschaft mit sich bringen, die sich jedoch aus zwei Gründen nicht in der Lage sieht, sich dem erfolgreich zu stellen: einem restriktiven Berufs- und Standesrecht sowie einer veralteten Jurausbildung. Die Befürchtungen sind groß, daß die bundesdeutsche Anwaltschaft dem europäischen Vergleich nicht standhalten wird. Eine Vorstellung, die hierzulande zu einer noch nie dagewesenen Bereitschaft geführt hat, die Jurausbildung zu verändern. Besteht darin eine Chance, Fragen der Reform der Jurausbildung wieder aufzugreifen bzw. neu zu stellen, oder ist die Jurausbildung damit bloß einem Modernisierungs- und Anpassungsdruck ausgesetzt, und was wäre dem entgegenzusetzen?

Fragen, die nur in Kenntnis dessen beantwortet werden können, welche

neuen Berufsperspektiven Europa für die Anwaltschaft mit sich bringt und welche Konsequenzen daraus für die juristische Ausbildung gezogen werden sollen.

1992 – Ein Europa der Juristen, oder: Das ganz nationale Trauma vom „Mafia-Examen“

Einer europäischen Öffnung des Anwaltsberufs hat sich unsere nationale Anwaltschaft, wie die vieler anderer Mitgliedstaaten, lange Zeit vehement versperrt. Undenkbar erschien es, daß ein deutscher Rechtsanwalt, lange und gründlich ausgebildet, in seiner Tätigkeit nicht nur Interessenvertreter seiner Mandanten, sondern Organ der deutschen Rechtspflege, also Bewahrer der deutschen Rechtsordnung, der Konkurrenz von ausländischen Kollegen ausgesetzt sein soll. Bis heute ist deshalb das „Mafia-Examen“ ein geflügeltes Wort unter allen Standesbewußten: Ein 25jähriger italienischer Volljurist, durchgeschleust durch eine angeblich unzureichende italienische Jurausbildung, soll hier gestandenen deutschen Rechtsanwälten Konkurrenz machen dürfen! Immer wieder haben Anwälte und andere deutsche Juristen durch solche Klagen ihr kategorisches „Nein“ (sowie im übrigen ihre geistige Unfähigkeit) zu einer europäischen Anwaltschaft bekundet.

Die europäischen Instanzen haben zwar Jahrzehnte gebraucht, aber wie fundamental haben sie solche nationalen Standesdünkel der Anwaltschaften zu durchbrechen vermocht!

Den Anfang machte der Europäische Gerichtshof in den 70er Jahren mit einer bis heute reichenden Rechtsprechung zur Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit, insbesondere von Anwälten.¹ Das Er-

Anmerkungen

¹ Detaillierte Nachweise bei Gornig, NJW 1989, 1120ff.; auch Everling, BRAK-Mitteilungen 1989, 166ff.



gebnis: Die Dienstleistungsfreiheit (Art. 59 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft [EWGV]) und die Niederlassungsfreiheit (Art. 52 EWGV) sind unmittelbar in den Mitgliedstaaten geltendes Gemeinschaftsrecht, das auf die anwaltliche Tätigkeit ange-

wendet werden kann. Im Wirtschaftswunderdeutsch: „Die anwaltliche Beratung ist eine exportfähige Dienstleistung.“²

Doch die BRD wollte in diesem Fall nicht exportieren, und schon gar nicht anwaltliche Betätigungen europäischer Großkanzleien (Hauptsitz zumeist: London) importieren müssen. Und so erlebte die bundesdeutsche Anwaltschaft, daß durch die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs ihr nationales Berufsrecht, obwohl dessen Geltung durch Art. 59, 52 EWGV nicht beseitigt werden kann, mächtig aufgerüttelt wurde. Der europarechtliche Terminus hierfür: „negative Integration“. Sie bewirkt, daß nationale Beschränkungen (hier: der Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit von Anwälten) faktisch aufgegeben werden müssen.

Ein Beispiel: § 28 der Bundesrechtsanwaltsordnung (BRAO) verbietet es dem deutschen Anwalt, ohne besondere Erlaubnis, die aber nur ausnahmsweise erteilt wird, eine Zweigniederlassung seiner Kanzlei zu errichten. Dies stellt, aus europäischer Sicht, eine unzulässige Beschränkung der Niederlassungsfreiheit nach Art. 52 EWGV dar.³ Der Verstoß gegen Art. 52 EWGV bewirkt zwar nicht, daß § 28 BRAO aus deutscher Sicht unwirksam ist, er darf jedoch aus europäischer Sicht von den deutschen Gerichten nicht angewendet werden. Das bedeutet, daß sich ein Anwalt aus einem EG-Mitgliedsstaat, der in der BRD eine Zweigniederlassung errichten will, auf Art. 52 EWGV berufen kann, nicht aber ein deutscher Anwalt, der das selbe im Inland will. Deutsche Anwälte unterliegen also dem § 28 BRAO, ausländische dagegen nicht (sog. „umgekehrte Diskriminierung“).⁴ Um eine solche umgekehrte Diskriminierung zu vermeiden, also Wettbewerbsvorteile ausländischer Kollegen auf dem nationalen Markt zu verhindern, muß der deutsche Gesetzgeber § 28 BRAO abschaffen. Tut er dies nicht, so wird die Situation nur noch verfahrenere, denn deutsche Anwälte können § 28 BRAO umgehen, indem sie formal eine Hauptniederlassung im EG-Ausland errichten. Sie können sich dann auf Art. 52 EWGV berufen und ihren Kollegen, die auf diesen Trick (noch) nicht ver-

fallen sind, zusammen mit den ausländischen Anwälten durch Zweigniederlassungen Konkurrenz machen.⁵

Auf ähnliche Weise (d.h. mit dem Effekt der umgekehrten Diskriminierung) sind auch andere Grundfeste des deutschen Berufsrechts der Anwälte erschüttert worden, wie z.B. die Residenzpflicht und das Lokalisierungsgebot.⁶

Damit war allerdings erst der Anfang getan. Auf die negative folgte, wie sollte es anders sein, die positive Integration, und sie zwang die nationalen Anwaltschaften endgültig in die Knie. Mit ihr haben die europäischen Gremien durch Richtlinien bewirkt, daß nationale Ausführungsvorschriften erlassen werden müssen (bzw. den Richtlinien entgegengesetzte Vorschriften abgeschafft werden müssen), über die sich jeder Anwalt auf Art. 52, 59 EWGV berufen kann, über die sich also die Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit verwirklichen können. Zweimal hat der Europäische Rat auf diese Weise „zugeschlagen“: Die Richtlinie des Rates zur Erleichterung des freien Dienstleistungsverkehrs der Rechtsanwälte vom 23.3.1977⁷ ermöglicht es jedem Rechtsanwalt, in einem EG-Mitgliedsstaat einzelne anwaltliche Dienstleistungen zu erbringen, wenn er dafür die berufliche Qualifikation

FORUM RECHT wird von folgenden Gruppen/Initiativen getragen:

- Augsburg** Studentenvertretung Jura, Universität Augsburg, Eichleitnerstr. 30, 8900 Augsburg, Tel. (0821) 59 84 08
- Berlin** Basisgruppe Jura
c/o Philipp Kramer, Antwerpener Str. 47, 1000 Berlin 65, Tel. (030) 45 35 284
- Bielefeld** Fachschaft Jura
c/o Martin Kardetzky, Gehrenberg 25, 4800 Bielefeld 1, Tel. (0521) 17 22 28
- Bochum** Fachschaftsrat Jura
c/o Randolph Lawrence, Berghoferstr. 164, 4600 Dortmund 30, Tel. (0231) 48 71 79
- Bremen** Stuga Jura
c/o Klaus-Dieter Franzen, Waller Heerstr. 152, 2800 Bremen, Tel. (0421) 38 43 39
- Frankfurt** Plenum
c/o Andreas Irrlicht, Falkstr. 58, 6000 Frankfurt 40, Tel. (069) 70 89 73
- Freiburg** Arbeitskreis kritischer JuristInnen (akj)
c/o Georg Restle, Merzhauserstr. 10, 7800 Freiburg, Tel. (0761) 40 54 70
- Göttingen** Basisgruppe Jura im Fachschaftsrat
c/o Sven Knutzen, Burgstr. 38, 3400 Göttingen, Tel. (0551) 48 56 30
- Hannover**, Phantasie an die Macht!
c/o Anette König, Kestnerstr. 7, 3000 Hannover, Tel. (0511) 85 88 39
- Heidelberg** Fachschaftsinitiative Jura Heidelberg
c/o Thomas Henne, Emmertsgrundpassage 11, 6900 Heidelberg
- Köln** AKJ
c/o Jörg Beigel, Pfälzer Str. 2-4, 5000 Köln 1, Tel. (0221) 24 96 52
- Mainz** AKJ
c/o Sigrun Elsen, Kaiser-Wilhelm-Ring 47, 6500 Mainz, Tel. (06131) 61 32 49
- München** Tanja Weber, Barerstr. 82 (RGB), 8000 München 40, Tel. (089) 272 20 19
- Osnabrück** Fachschaftsrat Jura
c/o Gundi Andretta, Sutthausenstr. 146, 4500 Osnabrück, Tel. (0541) 88 50 8
- Regensburg** Studentenvertretung Jura
c/o Christoph Bunk, Ziegetsdorfer Str. 25, 8400 Regensburg, Tel. (0941) 9 19 24
- Saarbrücken** ASJ an der Universität des Saarlandes im Fachschaftsrat Jura
c/o Markus Schwab, Charlottenstr. 04, 6600 Saarbrücken 1, Tel. priv. (0681) 58 19 79; Tel. ASTA (0681) 302-2900 oder 302-3934
- Trier** AKKJ
c/o Werner Schade, Saarbrücker Str. 8, 5500 Trier, Tel. (0651) 7 68 81
- Tübingen** Fachschaft Jura Tübingen
c/o Dilip D. Maitra, Moltkestr. 35, 7400 Tübingen, Tel. (07071) 7 64 03
- BAG** Demokratie und Recht der GRÜNEN
c/o Matthias Lübke, Calenberger Str. 19, 3000 Hannover 1, Tel. (0511) 1 30 93

Damit die Arbeit weitergeht:
Spendenkonto:
Helmut Pollähne
Kto.-Nr.: 43 60 27 39
Sparkasse Bielefeld
(BLZ 480 501 61)



seines Herkunftslandes besitzt und sich den Berufsausübungsregeln des EG-Mitgliedstaates, in dem er tätig werden will, unterwirft.⁸ Die Richtlinie des Rates über eine allgemeine Regelung zur Anerkennung der Hochschuldiplome vom 21.12.1988⁹ führt zu einer freien Niederlassung von Anwälten in einem EG-Mitgliedsstaat, wenn sie dort ihren Berufsabschluß, zumeist ein Staatsexamen, anerkannt bekommen haben. Das Anerkennungsverfahren kann zwar von dem Aufnahmestaat, der eine Eignungsprüfung oder einen Anpassungslehrgang vorsehen darf, streng ausgestaltet werden, die Folgen der Anerkennung sind jedoch weitreichend. Der Anwalt darf in dem Aufnahmestaat wie ein inländischer Anwalt tätig werden und dabei sogar die Berufsbezeichnung seines Herkunftslandes und die des Aufnahmestaates führen.¹⁰

Wenn bundesdeutsche Anwälte heute geschlossen die europäische Öffnung ihres Berufsstandes begrüßen¹¹, weil sie neue Betätigungsmöglichkeiten mit sich bringt, so tun sie dies nur nach jahrzehntelanger, erfolgloser Gegenwehr. Sie sehen sich jetzt nicht mehr bloß der Konkurrenz durch den eigenen Nachwuchs ausgesetzt, sondern zusätzlich der aus dem EG-Ausland. Die Frage nach ihrer Konkurrenzfähigkeit im Binnenmarkt haben sie zu einer Frage nach der nationalen Jurausbildung gemacht. Wie soll sich diese Ausbildung verändern, damit die anwaltliche Dienstleistung in der BRD exportfähig wird? Die Vorstellungen der Anwaltschaft darüber sind recht weitreichend und überaus vereinnahmend.

Die europataugliche, binnenmarktfeste Jurausbildung

● Kurze Studiendauer

Die neue, europataugliche Jurausbildung soll (allem anderen voran) eine kürzere Ausbildung als die heutige sein. Die durchschnittlich 28- bis 32-jährigen „jungen“ deutschen Volljuristen sollen sich nicht 25-jährigen „Mafiosi-Anwälten“ gegenübergestellt sehen. Ihre Leistungsfähigkeit in den jungen Jahren soll in das zeitige Berufsleben, nicht in ein „von Leerlauf mitgeprägtes“ Studium investiert werden.¹²

● Anwaltszentrierte Ausbildung

Deutsche Juristen benötigen eine zu lange Einarbeitungsphase als Anwalt, da sie auf den Richterberuf hin ausgebildet sind. Das binnenmarktfeste Jurastudium soll dagegen an-

waltszentriert sein, d.h. in jedem Fall praxisbezogen¹³, sowie mit den Fächern „Rechtsberatung“ und „Rechtsgestaltung“ auf dem Studienverlaufsplan.¹⁴

● Stofffülle

Die Jurastudenten werden wegen der enormen Stofffülle der jetzigen Ausbildung dazu verleitet, nach reiner Planerfüllung zu studieren. Dadurch werden sie davon abgehalten, sich Kenntnisse im ausländischen Recht anzueignen und Auslandspraktika zu absolvieren. Das soll dagegen in der neuen Jurausbildung im breiten Umfang möglich sein.¹⁵ Dabei ist längst nicht nur an das heute bereits übliche Wahlfach „Europarecht und Internationales“ gedacht, sondern an lange Auslandspraktika mit der Möglichkeit, Rechts- und Sprachkenntnisse zu erwerben.¹⁶

● Einheitsjurist?

Selbst bei einer noch so straffen Ausbildung, und als solche soll die neue Jurausbildung selbstverständlich konzipiert sein¹⁷, können diese Vorstellungen nach dem herkömmlichen Studiensystem nicht verwirklicht werden, denn dies würde im Vergleich zu heute ein umfangreicheres Studienpensum bei weniger zur Verfügung stehender Zeit bedeuten. Konsequenterweise muß deshalb vom Bild des Einheitsjuristen Abstand genommen werden. In der juristischen Ausbildung soll deshalb die Möglichkeit bestehen, nach einer Grundausbildung ein Anwaltsreferendariat mit Anwaltsexamen abzuschließen, welches dann auch nur, aber um so besser, zum Beruf des Anwalts befähigen soll.¹⁸

Der Binnenmarkt als Reformbremse: Die Konkurrenzsituation

Nicht nur bei diesen Forderungen für eine Modernisierung des Jurastudiums, sondern auch bei der sonstigen Art und Weise, mit der sich die Anwaltschaft für den Binnenmarkt konkurrenzfähig halten will, gilt es aufzuhorchen.

Natürlich bereitet nicht der junge italienische Anwalt den deutschen Juristen Kopfzerbrechen, er ist vielmehr nur Objekt ihrer nationalistischen Dünkel. Es sind die Anwaltssozialitäten und Rechtsberatungsgesellschaften amerikanischen Vorbilds, die fast alle in London Fuß gefaßt haben, das bereits heute unbestritten das Anwaltszentrum Europas ist. Von dort aus beherrschen Mega-Firmen mit bis zu 600 Anwälten in 14 Ländern (so die Anwaltsmutation Clifford Chane, London) den europä-

ischen Markt. London eifert damit den amerikanischen Wirtschaftszentren nach, in denen 1986 21 Anwaltskanzleien einen Jahresumsatz von über 100 Millionen US-Dollar verzeichnen konnten.¹⁹

Die Expansion solcher Anwaltsfirmen in die BRD ist zur Zeit noch



durch das nationale Berufsrecht der Anwälte erschwert.²⁰ Es ist keinesfalls zwingend, auch nicht ein Sachzwang infolge der Integrationsbemühungen der europäischen Instanzen, die nationalen Beschränkungen im anwaltlichen Berufsrecht aufzugeben und den deutschen Markt für europäische Großkanzleien völlig zu öffnen.²¹ Es sollte erst eine Öffnung des anwaltlichen Berufsrechts diskutiert werden, bevor die Jurausbildung auf eine solche Öffnung hin programmiert wird.

2 Ebenfalls ein geflügeltes Wort, s. Rabe, NJW 1987, 2185 und Schiefer, NJW 1987, 1977

3 Urteil „Klopp“, EuGH, NJW 1985, 1275

4 Hierzu Gornig, NJW 1989, 1126f

5 Gornig, NJW 1989, 1122

6 Gornig, NJW 1989, 1126f

7 Abl. Nr. L 78/17 vom 26.3.1977

8 Gornig, NJW 1989, 1124 m.w.N.; auch Everling, BRAK-Mitteilungen 1989, 172

9 Abl. Nr. L 19 vom 24.1.1989, 16

10 Gornig, NJW 1989, 122 m.w.N.; auch Everling, BRAK-Mitteilungen 1989, 171

11 Dies kann im Einzelfall bis zu stoßgebetartigen Ausbrüchen führen, s. bei Hüchting, AnwBI 1989, 444

12 Vorbrugg, AnwBI 1989, 453 und Steiger, ZRP 1989, 284

13 Schmalz, BRAK-Mitteilungen 1984, 1

14 Schardey, AnwBI 1989, 434; Schiefer, NJW 1987, 1977; Vorbrugg, AnwBI 1989, 453; Steiger, ZRP 1989, 285 und Stobbe, AnwBI 1987, 409

15 Stobbe, AnwBI 1989, 331

16 Stobbe, AnwBI 1989, 331; Gornig, NJW 1989, 1127 und Steiger, ZRP 1989, 284f

17 Schmalz, BRAK-Mitteilungen 1984, 1, fordert hart erarbeitete Kenntnisse und Bereitschaft zur Leistung, damit die gnadenlose Auslese bestanden werden kann

18 Vorbrugg, AnwBI 1989, 453; Steiger, ZRP 1989, 286, will am Bild des Einheitsjuristen festhalten, jedoch ebenso das Studium grundsätzlich umstrukturieren

19 Zu alldem sehr plastisch Hauschka, AnwBI 1988, 553ff

20 Hauschka, AnwBI 1988, 556

21 Rachfall, FoR 1989, Heft 1, 16; Everling, BRAK-Mitteilungen 1989, 173, behandelt es zu recht als offene Frage

Und noch etwas soll sich nach dem Willen der Modernisierer wie selbstverständlich herausbilden und schon jetzt in einer juristischen Ausbildung mitbedacht sein: der Strukturwandel der Anwaltschaft. Die Anwaltschaft vollzieht immer zielstrebig einen Wandel vom typisch „Freien Beruf“ hin zum reinen Dienstleistungsgewerbe, bei dem nicht mehr die Interessenvertretung der Mandanten und das Auftreten vor Gericht im Mittelpunkt stehen, sondern die Rechtsberatung.²² Der Bedarf an Rechtsberatung steigt aufgrund der multinationalen wirtschaftlichen Verflechtungen im Binnenmarkt ständig, und er ist es, den die großen Wirtschaftskanzleien stillen wollen. Sie treten damit bewußt in Konkurrenz zu Steuer-, Unternehmens- und Vermögensberatern, Wirtschaftsprüfern und anderen auch rechtsberatenden Berufen, um ihr Tätigkeitsfeld ausweiten zu können.²³

Diese Verschiebung des Schwerpunktes anwaltlicher Tätigkeit hat auch ihre Begleitmusik, das anwaltliche Marketing. Mit ihm soll die anwaltliche Dienstleistung offensiv an- und dargeboten werden.²⁴ Eine Hauptaufgabe anwaltlichen Marketings ist es, das Bild des neuen Anwalts zu formen. Sein erstes Qualitätsmerkmal: die Ausstattung der Kanzlei mit EDV.²⁵

Die Strukturveränderungen in der Anwaltschaft sollen hier nicht weitgehender analysiert werden. Wiederum mag es genügen, festzustellen, daß sie nicht unbedingt wünschenswert sein müssen, in keinem Fall jedoch unreflektiert hinzunehmen sind und so auf eine Modernisierung der Jurausbildung übertragen werden können.

Es ist aber genau der neue, auch im Binnenmarkt konkurrenzfähige Anwalt, auf den hin eine modernisierte Jurausbildung konzipiert ist.

Um dies zu bestätigen und im übrigen die Kritik an der neuen Diskussion um die Jurausbildung auf den Punkt zu bringen, ist es Zeit, die Modernisierer endgültig vorzustellen. Es sind die Lobbyisten und Standespolitiker der Wirtschaftsrechtsanwälte und Wirtschaftsrechtskanzleien. Ihnen allein, und unter ihnen hauptsächlich den großen Sozietäten, käme die Öffnung des anwaltlichen Berufsrechts zugute, denn ausschließlich für sie bringt der Binnenmarkt neue Tätigkeitsfelder. Auf sie ist das neue Bild des Anwalts zugeschnitten, und dasselbe soll jetzt mit der Jurausbildung passieren.

In der neuen Diskussion wird dies nicht verheimlicht. Nur schwer tun sich die Modernisierer mit Äußerungen, nach denen die europäische

Öffnung und eine auf sie zugeschnittene Ausbildung allen Juristen zugute kommen soll.²⁶ Um so offener wird dagegen dargelegt, wer sich die Pfründe im neuen Markt allein sichern kann: „Für den vornehmlich wirtschaftsrechtlich tätigen Anwalt wird der europäische Binnenmarkt neue Dimensionen in der Arbeit erschließen.“²⁷ Es geht um die „Zukunftsperspektiven für wirtschaftsberatende Anwaltskanzleien in der Bundesrepublik.“²⁸

Damit keine Zweifel aufkommen: „Zukunftsperspektiven“ sollen hier keinem juristischen Beruf abgesperrt gemacht werden. Es geht vielmehr darum, daß eine Diskussion um die juristische Ausbildung eine Debatte um mögliche Zukunftsperspektiven aller juristischen Berufe nicht ersetzen kann und darf. Wer sich mit Fragen der Jurausbildung befaßt, darf nicht unkritisch taktisch eingesetzten Klagen über eine Justizschwemme erliegen, die eine Modernisierung in dem hier skizzierten Sinn als unabdingbar erscheinen lassen. Der neue Ansatz der Modernisierung ist in gefährlicher Weise einseitig auf den Beruf des Wirtschaftsjuristen ausgerichtet, eine von vornherein verengte Perspektive, die standespolitisch motiviert ist.

Es stellt eine von Konkurrenzangst geprägte Vereinnahmung dar, aus diesen Motiven eine Schicksalsfrage für die Jurausbildung zu sublimieren.²⁹ Die Forderungen nach einer Modernisierung der Jurausbildung sind radikal. Sie würden, in ihrer bloß standespolitisch motivierten Variante, das Studium der Rechtswissenschaft zu einem Berufslehrgang zum Euro-Juristen verkommen lassen.

Eine Reformdebatte müßte meines Erachtens auf mindestens drei „Grundspielregeln“ beruhen:

Erstens müßte ein Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis stattfinden, nicht ein Alleingang der Praxis in Richtung Berufslehrgang. Eine auch wissenschaftlich ausgerichtete Ausbildung ist unabdingbar. Wenn diese Ausrichtung nicht einseitig ist, wird sich die Praxis, dann aber auch in Gestalt aller juristischen Berufe, fruchtbar einbringen können und integrieren lassen. Es müssen sich alle darüber klar werden, daß ein Jurastudium keine „berufsfertigen“ Juristen hervorbringen kann und darf. Anwaltszentrierte Ausbildung kann nicht eine Schulung in EDV, Gebührenrecht und Büroorganisation bedeuten.

Zweitens darf eine Reform nur auf einer Gesamtschau aller Meinungen und Forderungen beruhen, also insbesondere der von Professoren, Wissenschaftlichen Mitarbeitern, Praktikern, Prüfern und (eben nicht zuletzt)

von Studierenden. Eine Reform darf keine „Drahtzieher“ haben. Ihre momentane Inanspruchnahme durch Wirtschaftsrechtslobbyisten ist im wahren Sinn der Worte unerträglich und unverschämte.

Ein reformiertes Jurastudium muß drittens auf gesellschaftliche Zustände und Entwicklungen reagieren und damit auch selbstverständlich europäisch ausgerichtet sein. Es muß dies aber kritisch-begleitend und nicht blind-rezipierend geschehen. Ein Binnenmarktfetischismus würde der Jurausbildung nur schaden. Alle Welt ist das Europa 1992 auch nicht, und es soll auch Ansichten geben, nach denen es nicht nur Gutes mit sich bringen wird.

Martin Kadetzky ist Rechtspraktikant in Bielefeld

22 Schiefer, NJW 1987, 1969ff; Gralla, BRAK-Mitteilungen 1989, 5

23 Schardey, AnwBl 1989, 433

24 Schiefer, NJW 1987, 1972

25 Schiefer, NJW 1987, 1972

26 s. Stobbe, AnwBl 1989, 331

27 Kohl, AnwBl 1987, 353

28 Hauschka, AnwBl 1988, 553

29 Man/frau lese nur, wie sich bei Schmalz, BRAK-Mitteilungen 1984, 1, die Frage „Juristen-Aus-Bildung – das Aus oder die Bildung?“ zusammenbraut.

Literatur

Everling, U., Entwicklungen im anwaltlichen Berufsrecht unter dem Blickwinkel des Rechts der EG, BRAK-Mitteilungen 1989, 166ff

Gornig, G., Probleme der Niederlassungsfreiheit und Dienstleistungsfreiheit für Rechtsanwälte in den Europäischen Gemeinschaften, NJW 1989, 1120ff

Gralla, G., Die Vollendung des Binnenmarktes und ihre Konsequenzen für die Freien Berufe in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Symposium, BRAK-Mitteilungen 1989, 4ff

Hauschka, C.E., Internationalisierung der Rechtsberatung in der Wirtschaft Europas, AnwBl 1988, 553ff

Hüchting, H., Die Relevanz des internationalen Wettbewerbs für die deutsche Anwaltschaft, AnwBl 1989, 440ff

Kohl, H., Verantwortungsbewußte Anwaltschaft für Recht und Gerechtigkeit, AnwBl 1987, 352ff

Rabe, H.-J., Internationales Anwaltsrecht. Dienstleistung und Niederlassung, NJW 1987, 2185ff

Rachfall, St., Neue Sitten! Zu den Veränderungen im anwaltlichen Standesrecht, FoR 1989, Heft 1, 13ff

Schardey, G., Das neue anwaltliche Berufsrecht, AnwBl 1989, 432ff

Schiefer, W., Anwalt im Zeitalter der Dienstleistung – Herausforderung zum Wandel, NJW 1987, 1969ff

Schmalz, K., „Juristen-Aus-Bildung“, BRAK-Mitteilungen 1984, 1

Schmalz, K., Angst vor Europa?, BRAK-Mitteilungen 1989, Nr. 2, 1

Steiger, H., Deutsche Juristenausbildung und das Jahr 1992, ZRP 1989, 283ff

Stobbe, U., DAV-Informationen zur Auslandsausbildung, AnwBl 1989, 33ff

Stobbe, U., Juristenausbildung heute – Sackgasse oder Chance?, AnwBl 1987, 408ff

Vorbrugg, G., Der deutsche Anwalt im internationalen Wettbewerb, AnwBl 1989, 451ff

REFORM STATT MODERNISIERUNG

KONGRESS ZUR ZUKUNFT DER JURISTISCHEN AUSBILDUNG

Es gibt eine ‚neue deutsche Diskussion‘ um die Reform der juristischen Ausbildung: Fakultätentag und Juristentag befassen sich damit ebenso wie die Landesjustizverwaltungen. Motor dieser Debatte ist vorgeblich der europäische Binnenmarkt 1992 und die sog. ‚Juristenschwemme‘. Von einer Reform kann da allerdings kaum die Rede sein. Modernisierung ist die zentrale Kategorie – Anpassung an den innerstaatlichen und europäischen Markt. Das Wort haben Modernisierungsstrategen und Bildungspragmatiker, Justizbürokraten und Marktforscher, mehrphasige Einheitsjuristen und ehemalige Einphasengegner. Dabei ist eine grundlegende Reform der juristischen Ausbildung so aktuell wie vor 100 oder vor 20 Jahren.

Jetzt melden sich die JurastudentInnen und andere kritische Stimmen aus dem Lager fortschrittlicher und streitbarer JuristInnen zu Wort. Fordern wir die Reform, bevor die Modernisierungsstrategien endgültig die Debatte beherrschen.

Programm (vorläufig)

Freitag, 18.5.: bis 17.00 Uhr: Anreise

18.30 Uhr: „Modernisierung statt Reform?“ Analyse der aktuellen Debatte um die Jurausbildung auf der Grundlage historischer und theoretischer Überlegungen

Samstag, 19.5.:

9.30 – 12.00 Uhr: TABULA RASA – Bilanz und Bestandsaufnahme

Forum A: „Einphasenausbildung – Endlagerung oder Wiederaufarbeitung?“

Ein Streitgespräch unter Beteiligung des Plenums

Forum B: „Zweiphasenausbildung – öffentlicher Anhörungstermin“.

Referate mit anschließender Diskussion

12.00 – 14.00 Uhr: Mittag und Markt der Möglichkeiten

14.00 – 18.00 Uhr: AUFBRUCH – zu welchen Ufern? Arbeitsgruppen:

AG 1: Marktgeschrei – JuristInnen auf dem Markt der Möglichkeiten?

AG 2: Zielscheibe Einheitsjurist – aus der Dogmengeschichte lernen?

AG 3: Weichenstellung – Elfenbeinturm oder staatliche Lehrwertstaat?

AG 4: Stoffrausch – Verkürzungen um welchen Preis?

AG 5: Zutaten – (k)ein Streit um Inhalte?

ab 21.00 Uhr: Der Kongreß tanzt

Sonntag, 20.5.: 10.00 Uhr „Reform statt Modernisierung!“

Thesen zur Zukunft der juristischen Ausbildung

Referat: Vorstellung der Thesen und Begründung

anschließend Plenardebatte und Beschlußfassung

ca. 12.30 Uhr: Schluß

Infos und Anmeldung bei: Redaktion Forum Recht, c/o Pollähne + Puder, Hammerschmidtstr. 4, 4800 Bielefeld 1

18. - 20. Mai 1990

BIELEFELD

Der Kongreß wird bisher getragen von: FORUM RECHT, Bundesarbeitskreis kritischer Juragruppen, Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen, BAG Demokratie und Recht der Grünen, Fachschaft Jura der Universität Bielefeld, Neue Richtervereinigung, Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein, Richter und Statsanwälte in der ÖTV, Strafverteidiger-Vereinigungen, Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen